

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 806

Mittwoch, 5. Juni 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>War der Mord am Influencer und Sänger Farruko Pop das Werk des Barrio 18?.....</i>	<i>1</i>
La Hora: Der Tod des Farruko Pop: die Hypothesen der MP und ein verschwundenes Handy	2
<i>Arévalo bittet den Kongress um eine Erhöhung des Haushalts um 14,5 Milliarden Q.....</i>	<i>3</i>
<i>Warum das CC sich nicht zur Amtsenthebung der Generalstaatsanwältin äussern will</i>	<i>4</i>
<i>Rechnungshof beklagt Missmanagement von 8 Milliarden Q durch die Regierung Giammattei.....</i>	<i>4</i>
<i>TSE ist weiterhin kalt gestellt</i>	<i>5</i>
<i>13.06., 19.30, Berlin: «Soziale Verteidigung eines demokratischen Frühlings».....</i>	<i>6</i>

War der Mord am Influencer und Sänger Farruko Pop das Werk des Barrio 18?

Guatemala, 27. Mai – Der in den Sozialen Medien bekannt gewordene Jorge Sebastián Pop Chocoj alias “Farruko Pop” wurde am 25. Mai leblos in einem Barrio in Zone 18 der Hauptstadt gefunden.

Im Jahr 2022 kam „Farruko Pop“ in Cobán, Alta Verapaz, an. Er reiste 250 Kilometer von seinem Dorf Chacalte, Landkreis Livingston, Department Izabal aus dorthin, um eine Möglichkeit zu finden, ein berühmter Sänger zu werden. Der 18-Jährige mit Q'eqchi'-Herkunft arbeitete mit der lokalen Produktionsfirma RG Studios Guatemala zusammen, die ihm die erste Gelegenheit bot, in den sozialen Medien viral zu werden. Er wurde zum Ersteller von Content und teilte Lieder und Comedy. In einem seiner Videos singt der Guatemalteke den Hit „Según quién“ (von Maluma und Carin León) für ein junges Mädchen, während er von mehreren Personen aufgenommen wird. Sein Name wurde in den sozialen Netzwerken bekannt, nachdem er während eines Konzerts im Departement Quetzaltenango gemeinsam mit dem bekannten mexikanischen Künstler Espinoza Paz auf der Bühne stand.

Sein Verschwinden

Am Montag, den 20. Mai, meldeten Familie und Freunde von Farruko Pop sein Verschwinden. Nach ihren Angaben war er in die Hauptstadt gereist, um ein Musikstipendium zu erhalten, das er bei der Teilnahme an einem Casting für die mexikanische Fernsehsendung La Academia erhalten hatte. Als er in der Hauptstadt ankam, wohnte er im Haus seiner Brüder. Am Montag verliess er das Haus und ging nach Angaben seiner Verwandten nicht mehr an sein Mobiltelefon.

Am Samstag, den 25. Mai, führten die Nationale Zivilpolizei (PNC) und die Staatsanwaltschaft (MP) eine Razzia im Rahmen der Ermittlungen durch. In einem Haus in der Zone 18, im Stadtteil El Limón, fanden die Behörden einen nicht identifizierten Verstorbenen sowie eine Mütze und eine Quittung auf den Namen des vermissten jungen Mannes. Sechs Tage nach der Anzeige des Verschwindens bestätigte das Nationale Institut für forensische Wissenschaften (INACIF) den Tod des jungen Sängers: „Jorge Sebastián Pop Chocoj. Todesursache: Erstickung durch Strangulation. Geschätzter Todeszeitpunkt: vor 4 bis 6 Tagen“.

Reaktionen

„Schrecklich, so viel Gewalt gegen Farruko Pop. Jeder hat das Recht, sich anzuhören, was er mag oder nicht mag, oder auszudrücken, ob er mit einem Projekt einverstanden ist oder nicht. Das rechtfertigt jedoch niemals das Ausmass der Gewalt, die ausgeübt wurde. Die Verhöhnung, die rassistischen Kommentare und die diskriminierende Haltung ihm gegenüber sind inakzeptabel“, schrieb die Sängerin Sara Curruchich im sozialen Netzwerk X.

Pressekonferenz des Innenministers

Am Montag, den 27. Mai, erklärte Innenminister Francisco Jiménez auf einer Pressekonferenz, dass die Ermittlungen ergaben, dass Jorge Pop, der ursprünglich aus Livingston, Izabal, stammt, von Cobán, Alta Verapaz, nach Guatemala-Stadt fuhr. Dann nahm er ein Taxi und ein Tuk Tuk, die ihn zu dem Haus brachten, in dem seine Leiche gefunden wurde, das sich im Viertel El Limón in der Zone 18 befindet: „Nach dieser ersten Untersuchung erhielten wir solide Informationen und baten die Staatsanwaltschaft um Unterstützung, um die notwendigen Razzien zu beantragen. Wir kamen mit der Hoffnung an, ihn lebend zu finden, aber das war leider nicht der Fall“, sagte Jiménez.

Laut Innenminister deuten erste Hinweise darauf hin, dass die Bande Barrio 18 für das Verbrechen verantwortlich sei. „Damit so etwas passieren kann, müssten die Anweisungen von den Anführer*innen des Barrio 18 kommen, die in Fraijanes II inhaftiert sind“, sagte er.

Er fügte hinzu, dass die Kolonie El Limón das „Zentrum der Operationen“ des Anführers des Barrio 18, Aldo Dupié Ochoa Mejía, alias „El Lobo“, sei. Im Jahr 2022 hat die Staatsanwaltschaft (MP) das Bandenmitglied in 87 Fällen angeklagt. Er verbüsst derzeit eine 191-jährige Haftstrafe, weil er zusammen mit anderen Bandenführer*innen für die Ermordung von 11 Busfahrer*innen verantwortlich ist. Im Jahr 2018 wurde „El Lobo“ nach Angaben der Staatsanwaltschaft (MP) wegen Mordes und versuchten Mordes zu 1.675 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt.

Nach dem Fund der Leiche von Jorge Sebastián Pop erklärte der Minister, dass eine Durchsuchung des Gefängnisses Fraijanes II, in dem „El Lobo“ einsitzt, beschlossen wurde. Bei der Operation wurden vier Anführer des Barrio 18 isoliert, um die Ermittlungen im Fall des jungen Q'eqchi' fortzusetzen.

Jiménez betonte, dass der Fall des jungen Mannes die Krise des Gefängnisystems zeige, das von den früheren Behörden „im Stich gelassen“ worden sei, die unter anderem nicht in Infrastruktur und Technologie investiert hätten.

„Als Influencer war er ein Beispiel für Kampf und Nationalstolz, weil er es wagte, das Establishment zu stören“, fügte der Innenminister hinzu. (Prensa Comunitaria)

La Hora: Der Tod des Farruko Pop: die Hypothesen der MP und ein verschwundenes Handy

Seit am vergangenen Samstag, den 25. Mai, die Leiche des guatemaltekischen Sängers Jorge Sebastián Pop Chocoj, besser bekannt als Farruko Pop, gefunden wurde, bleiben Fragen über sein Verschwinden und seinen Tod offen. Unterdessen bereitete die Familie die Beerdigung des Sängers an diesem Dienstag in Chacalte in Livingston Izabal vor.

Die Staatsanwaltschaft (MP) arbeitet an einer Hypothese über sein Verschwinden und das Verbrechen, die sich auf die Beweise stützt, die im Rahmen der von der Staatsanwaltschaftlichen Abteilung zur Bekämpfung von Entführungen durchgeführten Massnahmen gesammelt wurden. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft könnte Pop mit einem Trick in die Hauptstadt gebracht worden sein, in der Annahme, dass er dort einige Formalitäten [für das Musikstipendium, d.Red.] erledigen würde. Den Ermittlungen zufolge traf er sich jedoch tatsächlich mit einer Frau, deren Identität unbekannt ist.

Nach Angaben der Ermittlungsbehörde hat Farruko Pop ein Gespräch mit einer Frau geführt oder zumindest mit einer Person, bei der es sich laut seinem Instagram-Profil um eine Frau handelt. Sie soll ihn aufgefordert haben, sich bei einem Fussballspiel in der Zone 18 zu treffen. Die Staatsanwaltschaft weist darauf hin, dass diese Frau aufgrund der Art und Weise, wie sie ihn an den Ort gerufen hat, eine Beziehung mit Pop gehabt haben könnte.

Es wird vermutet, dass sie die Partnerin eines Bandenmitglieds in der Gegend gewesen sein könnte. Diese Situation könnte dieses andere Bandenmitglied verärgert haben, so dass dieses, als es von dem angeblichen Fremdgehen erfuhr, möglicherweise die Falle plante, in die Farruko Pop tappte.

In der Hauptstadt

Nach den im Rahmen der Voruntersuchung gefundenen Beweisen wurde festgestellt, dass Pop am Montag, den 20. Mai, in der Hauptstadt ankam. Er stieg sofort in ein Fahrzeug, das ihn zur Zone 18 brachte, um zu den Sportplätzen zu fahren, wo er an einem Spiel teilnehmen sollte.

Er wurde jedoch gezwungen, in ein anderes Fahrzeug zu steigen, das ihn zu einem verlassenem Haus im Viertel El Limón brachte, wo er schliesslich ermordet und seine Leiche vergraben wurde. Das alles geschah am selben Montag nach seiner Ankunft in der Hauptstadt.

Laut der vom INACIF durchgeführten Autopsie deuten die Merkmale von Pops Körper darauf hin, dass er innerhalb von 4 bis 6 Tagen gestorben ist. Die Analyse wurde am 25. Mai durchgeführt.

Gespräch zwischen Farruko Pop und der Frau nicht zugänglich, weil das Handy des Opfers verschwunden ist

Eine wichtige Rolle bei den Ermittlungen spielt die Aufnahme eines Gesprächs zwischen Pop und der Frau, die von Farruko Pops Instagram-Konto stammt, zu dem auch sein Manager Zugang hat [womit sich die Frage stellt, ob man

dieses nicht über dessen Handy aufrufen kann..., d.Red.]. Die Behörden waren jedoch nicht in der Lage, das Gespräch, das das Opfer geführt haben könnte, näher zu untersuchen, da das Mobiltelefon des Sängers bisher nicht aufgetaucht ist. Die Behörden wissen nicht, ob das Telefon zerstört wurde oder ob der Täter es möglicherweise in seinem Besitz hat.

Verdächtige verhaftet

Am Sonntag, den 26. Mai, meldeten die Behörden zwei Verhaftungen, einen 20-jährigen Mann, der als Carlos Roberto López Ortiz identifiziert wurde, und einen 17-jährigen Minderjährigen, die mit dem Verbrechen in Verbindung gebracht werden. Beide wurden wegen des Verbrechens der Verschleierung einer Straftat angeklagt, da es derzeit keine Beweise dafür gibt, dass sie Farruko Pop getötet haben. Aber es besteht die Möglichkeit, dass sie wissen, wie das Verbrechen ausgeführt wurde. Ausserdem muss sich López Ortiz wegen des Anbaus und der Kultivierung von Rauschgiftpflanzen verantworten. (La Hora)

Arévalo bittet den Kongress um eine Erhöhung des Haushalts um 14,5 Milliarden Q

Guatemala, 28. Mai - Am Dienstagnachmittag legte das Generalsekretariat des Präsidialamtes den Entwurf für die Erhöhung des Haushalts um 14.451.700.391 Q (etwa 1,672 Mrd. €) vor. Damit sollen Anpassungen vorgenommen werden, um die Wahlkampfversprechen zu erfüllen, da der aktuelle Haushalt nur für 2023 gilt.

Der aktuelle Regierungshaushalt beträgt 124.879 Mio. Q (etwa 14,452 Mrd. €). Die neuen Mittel umfassen u.a. Zahlungen an Militärveteran*innen, höhere Zuweisungen an die Gemeinden sowie für das Institut für Opfer.

Der Präsident erklärt, dass diese Mittel, die vom Kongress der Republik genehmigt werden müssen, für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Sicherheit verwendet werden sollen: für „zweitausend Funkstreifen, die Renovierung von zehntausend Schulen im ganzen Land und die Umsetzung des Schulgesundheitsprogramms“. Er fügt hinzu, dass die Mittel auch für das Programm zur Behandlung von chronischen, nicht übertragbaren Krankheiten und Krebs eingesetzt werden sollen.

Das Ministerium für Kommunikation wird 950 Mio. Q (= 110 Mio. €) für den Ausbau des Strassennetzes, Vorinvestitionsprojekte für öffentliche Arbeiten und für die ersten Studien für die sog. «blaue Linie» des städtischen Nahverkehrsystems (Mixco-Obelisco) und die «weisse Linie» (Süd-Nord) zur Verfügung haben.

Anpassungen

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Exekutive eine Anpassung der Haushaltsmittel vornehmen kann, um dem Regierungsplan zu entsprechen. Diese Anpassungen werden z.B. für die Bezahlung der Gehälter im Bildungsministerium oder für den Kauf und die Lieferung von Waren und Medikamenten für Krankenhäuser verwendet.

Es ist auch vorgesehen, dass durch diese internen Finanzbewegungen mehr Mittel für den Justizsektor bereitgestellt werden, wobei das Nationale Institut für forensische Wissenschaften, das Institut für öffentliche Strafverteidigung und das Institut für die Unterstützung von Verbrechenopfern begünstigt werden sollen.

Der Entwurf sieht ausserdem ausserordentliche Beiträge für die Wasserversorgung und die Umweltsanierung, die Pflasterung von Strassen sowie den Bau und die Verbesserung von Landstrassen in den Gemeinden des Landes vor. Die Regierung erklärt, dass diese Projekte von den Entwicklungsräten der Departements durchgeführt werden sollen.

Die Gemeinden werden auch über die Höhe der Einnahmen informiert, die an sie überwiesen werden, da die Gesetzesinitiative eine Erhöhung der Steuereinnahmen vorsieht. Die erhöhten Mittel sollen nach Angaben der Exekutive auch für das Seniorenprogramm, nationale Künstler*innen, Rentenkasse des Staates und für die Bereitstellung von mehr Mitteln für Armee-Veteran*innen verwendet werden.

Die von der Regierung von Bernardo Arévalo bei den Abgeordneten beantragten Mittel werden wie folgt auf die verschiedenen Institutionen verteilt:

- Ministerium für Bildung: 1.355.344.978 Q (= 157 Mio. €)
- Ministerium für öffentliche Gesundheit und Sozialhilfe: 1.098.777.183 Q (= 127 Mio. €)
- Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungsbau: 970.259.200 Q (= 112 Mio. €)
- Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Ernährung: 407.042.835 Q (= 47 Mio. €)
- Ministerium des Inneren: 370.402.550 Q (= 43 Mio. €)
- Ministerium für soziale Entwicklung: 801.755.909 Q (= 93 Mio. €)

Für die anderen Ministerien variieren die Anträge, übersteigen aber nicht 279 Mio. Q (= 32 Mio. €). Für die Sekretariate und andere Unterabteilungen der Exekutive wurden insgesamt 88.881.440 Q (= 10,3 Mio. €) angefordert.

Zu leistende Zahlungen

Der vom Ministerium für öffentliche Finanzen ausgearbeitete Erweiterungsvorschlag enthält die vom Schatzamt zu zahlenden staatlichen Verpflichtungen, in denen u.a. die folgenden Posten zu finden sind:

- Ausserordentlicher Beitrag der Entwicklungsräte der Departements: 1.556.789.546 Q (= 180 Mio. €).
- Ordentlicher Beitrag für Entwicklungsräte der Departements: 481.866.000 Q (= 55,76 Mio. €)
- Gemeinden: 1.676.555.000 Q (= 194 Mio. €)
- Universität von San Carlos de Guatemala (USAC): 419.999.000 Q (= 48,6 Mio. €)
- Nationaler Hypothekenkredit von Guatemala (CHN): 500 Mio. Q (= 57,85 Mio. €)
- Öffentlicher Schuldendienst: 2.111.968.060 Q (= 244,4 Mio. €) (La Hora/Prensa Libre)

Warum das CC sich nicht zur Amtsenthebung der Generalstaatsanwältin äussern will

Guatemala, 28. Mai - Im Anschluss an den Beschluss des Verfassungsgerichts (CC), in dem das hohe Gericht davon absieht, eine Antwort auf das von Präsident Bernardo Arévalo beantragte Gutachten über die mögliche Entlassung von Consuelo Porras aus dem Amt des Generalstaatsanwalts zu geben, erläutert Rechtsanwalt Edgar Ortiz auf seinem X-Account Punkt für Punkt die Überlegungen der Richter*innen.

Ortiz erinnert zunächst daran, dass gemäss der Entschliessung des CC deshalb keine Antwort gegeben wird, weil die Fragen nicht klar und präzise gewesen seien. „In Bezug auf die Fragen 1 und 2 argumentiert das Gericht, dass das Erfordernis der Ehre, Generalstaatsanwalt*in zu sein, nicht ausdrücklich in Artikel 251 der Verfassung festgelegt ist“, erklärt Ortiz. Bei einer anderen Frage verweist der CC darauf, dass das Recht auf ein Vorverfahren die Staatsanwältin schützt, so dass dieses Vorrecht die Fragen nach ihrer Suspendierung und der direkten Strafverfolgung ungültig machen würde, erklärt der Anwalt.

In ihrer Argumentation wiesen die Richter*innen darauf hin, dass die Fragen in einem hypothetischen Szenario gestellt worden seien, was der Jurist Ortiz mit Verweis auf ein CC-Urteil aus dem Jahr 2021 widerlegt. „In der Akte 6250-2021 beantwortete das Gericht beispielsweise die Frage, wann ein*e Minister*in sich vor einer Befragung [im Kongress] drücken kann. Diese Fragen waren ebenfalls faktisch und hypothetisch, ebenso wie die Fragen, was passiert, wenn gegen eine*n Generalstaatsanwalt*in ermittelt wird. Dies zeigt, dass die Kriterien des CC nicht stimmig sind“, sagte Ortiz.

Nach Ansicht des Anwalts habe sich das CC für „Eskapismus“ entschieden, um die vom Präsidenten aufgeworfenen Zweifel nicht zu beantworten, obwohl es in der Vergangenheit „praktische und hypothetische Fragen beantwortet hat“ (La Hora)

Rechnungshof beklagt Missmanagement von 8 Milliarden Q durch die Regierung Giammattei

Guatemala, 27. Mai – Frank Bode, Leiter des Rechnungshofes, hat den zweiten Bericht seiner Institution vorgelegt. Er war noch von dem von VAMOS angeführten Regierungsbündnis unter Präsident Giammattei eingesetzt worden.

In dem Dokument versichert der Rechnungsprüfer, dass im letzten Jahr der Regierung von Alejandro Giammattei 96 Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft wegen der Missmanagement von fast 8 Mrd. Q (= 925,82 Mio. €) an öffentlichen Geldern eingereicht wurden. Er selbst habe jedoch nur gegen neun Institutionen Strafanzeige erstattet, von denen drei direkt mit der Exekutive verbunden gewesen seien, die über das grösste Budget verfügt.

Dazu gehört das Ministerium für öffentliche Gesundheit und Sozialhilfe, weil der Verbleib einer Spende des Malteserordens für medizinische Hilfsgüter nicht geklärt werden konnte.

Eine weitere Beschwerde betraf das Nationale Sekretariat für die Verwaltung von Vermögenswerten, die beschlagnahmt wurden (SENABED), weil 27 Schiffsmotoren, die in Guanagazapa, Escuintla, gelagert waren, verschwunden sind.

Ausserdem prangerte das Rechnungsprüfungsamt die mangelhafte Registrierung, Kontrolle und Verwendung von Kraftstoffen (Benzin und Diesel) in der Generaldirektion für kommunale Kriminalitätsprävention an, einer Einrichtung des Innenministeriums.

Es wurden keine hochrangigen Beamt*innen in die Anschuldigungen einbezogen. Alle sind öffentliche Bedienstete in operativen Bereichen. Die anderen staatlichen Einrichtungen, die strafrechtlich angeklagt wurden, sind die Gemeinden Palín, Escuintla, sowie San Agustín Lanquín und San Cristóbal in Alta Verapaz.

Ausserdem wurden Angestellte des Nationalen Fonds für die Reaktivierung und Modernisierung der Landwirtschaft, des Treuhandfonds für Wohnungsbauinvestitionen und des Rechnungshofes selbst angeklagt.

Die Anklage gegen Carlos Mencos, den ehemaligen Leiter der Institution, lautete auf Genehmigung des Kaufs von

drahtlosen Mobilgeräten für die Gebäude des Rechnungshofes in den Zonas 13, 2 und 1 zu einem Preis von 549.500 Q (= 63.600 €). Der Rechnungshof erklärte, es gebe keine Belege für die Notwendigkeit des Kaufs. Begünstigter war das Unternehmen Electrónica, Comunicaciones y Servicios (ECSSA), einem Unternehmen, das mit dem Cousin von Alejandro Giammattei verbunden ist.

Staatsanwaltliche Ermittlungen

Mencos war bereits zuvor beschuldigt worden, Unregelmässigkeiten begangen zu haben, als er für das Rechnungsprüfungsamt zuständig war. Die Staatsanwaltschaft für Korruptionsbekämpfung berichtete, dass er weitere unnötige Anschaffungen für die Institution im Wert von 1,38 Mio. Q (= 159.700 €) genehmigt habe.

Bei dem Unternehmen, mit dem die Verträge geschlossen wurden, handelte es sich wiederum um die ECSSA, die angeblich eine Reise nach Kolumbien für drei Mitarbeiter*innen der CGC bezahlte und anschliessend die Einkäufe veranlasste.

Die Tickets wurden von José Roberto Falla González bezahlt, einem Cousin des ehemaligen Präsidenten Giammattei, der der gesetzliche Vertreter des Unternehmens war. Dafür wurde er im Jahr 2020 festgenommen, die Ermittlungen in dem Fall wurde jedoch eingestellt.

Für den aktuellen Fall beantragte die Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität von Carlos Mencos, der zu jener Zeit für die Nationale Einheit der Hoffnung (UNE) Mitglied des Parlaments war. Obwohl das Oberste Gericht (CSJ) ihm die Immunität entzogen hat, wurde er bisher nicht vor Gericht gestellt. (Prensa Comunitaria)

TSE ist weiterhin kalt gestellt

Guatemala, 28. Mai - Die Richter*innen des Obersten Gerichtshofs (CSJ) haben den in einer vorläufigen Eilentscheidung von den Mitgliedern des Obersten Wahlgerichts (TSE), Irma Palencia, Mynor Franco, Gabriel Aguilera und Rafael Rojas, beantragten vorläufigen Schutz nicht gewährt. Sie wurden von der Staatsanwaltschaft (MP) in dem Verfahren angeklagt, das wegen des Erwerbs des Systems zur Übermittlung der vorläufigen Wahlergebnisse (TREP) bei den Parlamentswahlen 2023 eingeleitet wurde.

Mit diesem Urteil wird die Entscheidung der Ersten Berufungskammer bestätigt, die am 5. April über die Berufung der MP verhandelt hatte. Sie bestätigte zwar die Freilassung der Richter*innen auf Kautions, erhöhte jedoch die Kautions und untersagte ihnen, sich dem TSE zu nähern und ein Amt auszuüben. Die Kammer, die sich aus Rafael Morales Solares, Aura Marina Mancilla Solares und German Augusto Gómez zusammensetzt, ordnete an, dass die Kautions auf 700.000 Q (= 81.000 €) festgesetzt wird und dass sie sich nicht an ihren Arbeitsplatz am Sitz der TSE aufhalten können, was faktisch bedeutet, dass sie ihr Amt nicht weiter ausüben können. Wörtlich heisst es in dem Beschluss:

„Der Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das erstinstanzliche Urteil des 12. Strafgerichtstribunals vom 14. März 2024 wird teilweise stattgegeben. Infolge des Vorstehenden erklärt das Berufungsgericht: a) die Ersatzmassnahme des Verbots, weiterhin das Amt eines Mitglieds des Obersten Wahlgerichts auszuüben, wird den Angeklagten auferlegt (...), und es wird ihnen sowohl untersagt, mit Arbeiter*innen oder Angestellten der genannten Einrichtung in Verbindung zu treten, als auch an irgendeinem ihrer Amtssitze zu erscheinen. Die Arbeit des TSE muss gegebenenfalls mit den entsprechenden Ersatzrichter*innen fortgeführt werden.“ (...)

Dieser Beschluss ist nicht endgültig, da das Verfahren bis zu einer endgültigen Entscheidung vor dem CSJ fortgesetzt wird. Unabhängig davon haben die Richter*innen bereits eine Klage beim Verfassungsgerichtshof eingereicht, um die Aufhebung der vorläufigen Entscheidung zu erreichen.

Zweifel an der Verfolgung von Richter*innen

Dieser Fall und andere Aktionen der MP gegen die Wahlbehörden, die die Ergebnisse der Wahlen von 2023 bestätigten, wurden von vielen kritisiert, da sie nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der allgemeinen Wahlen, die Bernardo Arévalo zum Präsidenten machten, stattfanden. Darüber hinaus versuchte die MP mit ihrer Klage die Ergebnisse für ungültig zu erklären. Sie beschuldigte die Wahlbehörden, möglicherweise Amtsmissbrauch, Pflichtverletzung und Betrug begangen zu haben. Den Ermittlungen zufolge hätten sie ihre Befugnisse missbraucht und gegen ihre Pflichten verstossen, weil die Überwachung des Betriebs des TREP an jenes Unternehmen übertragen wurde, das zugleich Lieferant des Systems war: Datsys Guatemala.

Darüber hinaus wurden sie des Betrugs beschuldigt, weil sie die Unterzeichnung des Vertrags und die Vergabe des Kaufs des Programms genehmigt hatten. Datsys hat Berichten zufolge ein Angebot über 148 Mio. Q (= 17,128 Mio. €) abgegeben, während ein anderes Unternehmen ein Angebot über 113 Mio. Q (= 13 Mio. €) abgegeben hat, was die MP als Beweis für eine Unstimmigkeit bei der Anschaffung ansieht.

Am 14. März klagte Richterin Karen Chinchilla die Magistrate des TSE lediglich wegen Betrugs an. In ihrem Urteil vertrat sie die Auffassung, dass die MP nur den möglichen Tatbestand des Betrugs nachweisen konnte, nicht aber jene

des Amtsmissbrauchs und der Pflichtverletzungen. Aufgrund dieses Beschlusses kündigte die MP eine gerichtliche Anhörung gegen die Richterin wegen Amtsmissbrauchs an, obwohl deren Urteil ja noch angefochten werden konnte.

Andere Ermittlungsverfahren

Gegenwärtig verhandeln zwei Untersuchungskommissionen die vom Obersten Gerichtshof bestätigten Vorverfahren zu neuen Klagen gegen die fünf TSE-Richter*innen.

Die Beschwerdeführer*innen und die Richter*innen wurden kürzlich vorgeladen, um ihre Beweise vorzulegen. Anschliessend wird dem Plenum der Kongressabgeordneten ein Bericht vorgelegt, der die Grundlage für die endgültige Entscheidung bilden soll, den der Kongress darüber trifft, ob eine Untersuchung gegen die Beamt*innen eingeleitet werden soll oder nicht.

In dieser Beschwerde beschuldigt die UNE die Wahlbehörde, eine Reihe von Unregelmäßigkeiten bei den Ergebnissen der Parlamentswahlen 2023 gebilligt zu haben. Der Antrag auf Amtsenthebung bezieht sich auf Anomalien in der zweiten Runde, angeblich die Existenz von Niederschriften von Ergebnissen aus verschiedenen Wahllokalen mit derselben Nummer, was zu einem Überschuss von 164 Wahllokalen geführt hätte.

Unabhängig davon hörten die Untersuchungskommissionen eine weitere Beschwerde, die von der Staatsanwaltschaft für Ordnungswidrigkeiten im Anschluss an die Anschuldigungen von Giovanni Frati und Pedro Cruz eingereicht wurde, weil die TSE die Registrierung von Manuel Baldizón als Kandidat für das Abgeordnetenamt bei den letzten Wahlen akzeptiert hatte. Diese Entscheidung wurde von denselben Richter*innen Tage später geändert. Baldizón ist in die Korruptionfälle Odebrecht und Transurbano verwickelt. Bei ersterem handelt es sich um ein Korruptionssystem, in das hochrangige ehemalige Beamte mehrerer Regierungen der Region verwickelt sind. (Prensa Comunitaria)

13.06., 19.30, Berlin: «Soziale Verteidigung eines demokratischen Frühlings»

Berlin, 27. Mai – Heike Kammer, langjährige Aktive bei Peace Brigades International Deutschland redet am 13.06.2024, ab 19.30 über «Soziale Verteidigung eines demokratischen Frühlings».

In der Einladung der Veranstaltung, die von CAREA und Voces de Guatemala organisiert wird und im Zapacafe in der Regenbogenfabrik, Lausitzer Str. 21a in Berlin-Kreuzberg stattfindet, heisst es:

Guatemala, ein Land in Mittelamerika, wird auch Land des ewigen Frühlings genannt, aufgrund seines ganzjährig angenehmen Klimas (*na ja, sagt der Redakteur, der gerade aus dem heissen Südosten zurückgekehrt ist ;-*).

Als demokratischer Frühling hingegen werden die Jahre 1944 bis 1954 bezeichnet. Dann wurde dieser mit Hilfe der USA weggeputscht. Jahrelange Militärdiktaturen und Bürgerkriege forderten Tausende Opfer, insbesondere unter der indigenen Bevölkerung. Die 1996 geschlossenen Friedensabkommen versprachen Hoffnung. Korrupte Regierungen haben viel zerstört, konnten aber die Hoffnung auf einen neuen demokratischen Frühling nicht brechen. Der 2023 demokratisch gewählte Präsident Bernardo Arévalo trat endlich in der Nacht vom 14. auf den 15. Januar sein Amt an. Dies war nur durch landesweite gewaltfreie Aktionen möglich, angeführt von indigenen Organisationen.

In dieser Veranstaltung gibt es einen kurzen geschichtlichen Überblick zu Guatemala, und persönliche Erfahrungen der Referentin in der Menschenrechtsbeobachtung. Schwerpunkt mässig geht es um die Aktivitäten und Herausforderungen sozialer Verteidigung und politischer Veränderungen und was wir daraus lernen können.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6